

# Schulentwicklung in den neuen Ländern

Horst Weishaupt

Die neuen Bundesländer haben Anfang der neunziger Jahre ihr Schulwesen grundlegend umstrukturiert. Die Eltern und Lehrer standen der Umorganisation des Schulwesens mehrheitlich distanziert bis ablehnend gegenüber. Dies konnte nicht verwundern, weil in den schulpolitischen und pädagogischen Diskussionen 1989 bis 1991 Lehrer und Eltern überwiegend eine innere Erneuerung der Schulen wünschten, die Schulstruktur aber nicht infrage stellten. Die Lehrer mussten sich also damit abfinden, dass sie ihre pädagogischen Reformvorstellungen nur unter von außen vorgegebenen schulorganisatorischen Rahmenbedingungen umsetzen konnten.

Die Reorganisation des Schulwesens führte zur Versetzung der Mehrzahl der Lehrer an neue Schulen. Sämtliche Kollegien der weiterführenden Schulen wurden 1991 neu zusammengesetzt. Zu Beginn der Sommerferien wussten viele Lehrer noch nicht, wo sie nach den Ferien arbeiten werden. Die innere Entwicklung der Schulen begann deshalb an Schulen mit neu „zusammengewürfelten“ Kollegien und unerfahrenen Schulleitungen. Zu den veränderten schulorganisatorischen Bedingungen kamen weit reichende neue inhaltliche Vorgaben für die weitere Entwicklung der Schulen hinzu.

In den letzten Jahren wurden mehrere Untersuchungen an Regelschulen und Gymnasien in Thüringen, dann auch an Gymnasien in Bayern und Brandenburg durchgeführt und dabei die Frage untersucht, wie die Beteiligten in den Schulen

und insbesondere die Lehrer und Schulleiter sich nach der Umstrukturierung des Schulsystems der Aufgabe der Gestaltung einzelner Schulen stellten. Die Analyse der Entwicklungsbedingungen der untersuchten Schulen orientierte sich folglich an dem spannungsreichen Verhältnis von Struktur- und Einstellungswandel.

Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse der Schulerkundungen in Schulen aus den neunziger Jahren folgendermaßen charakterisieren: Nicht nur der schulstrukturelle Wandel, sondern auch die Entwicklung der einzelnen Schulen sind überraschend erfolgreich verlaufen. Dass dieser Wandel gelang, war keineswegs selbstverständlich.

Unter der Perspektive des Vergleiches mit westdeutschen Kollegien stellte sich die Frage, ob die Regelschulen und Gymnasien in Thüringen besondere Profile einer „pädagogischen Kultur“ entwickelten, durch die sie sich von westdeutschen Schulkulturen unterscheiden. Es lassen sich wenigstens drei Bereiche erkennen:

Erstens war an den Schulen ein weit reichendes Interesse an der Gestaltung eines identitätsstiftenden außerunterrichtlichen Schullebens erkennbar, in das auch gemeinsame Aktivitäten des Kollegiums eingeschlossen waren. Zum Teil konnte dafür eine im Vergleich zu heute noch bessere Lehrerversorgung genutzt werden. Der Unterschied zu Westdeutschland bestand weniger im Umfang der Aktivitäten als in den Schwerpunkten, die sich auch aus der Fortführung von Tradi-

tionen aus der DDR-Zeit ergaben. Überraschend war aber vor allem, wie schnell die Schulen sich neu organisierten und profilierten. Natürlich wäre es interessant zu wissen, was sich von diesem anfänglichen Elan bis heute erhalten hat.

Auffallend war zweitens die intensive Abstimmung innerhalb der Kollegien über fachliche, organisatorische und pädagogische Fragen des Schulalltages.

Die neu gebildeten Kollegien bemühten sich in der Mehrzahl der untersuchten Schulen intensiv darum, unter den neuen Rahmenbedingungen zu einem eigenen schulischen Selbstverständnis zu gelangen. Die gemeinsame Arbeit in den Fachkonferenzen war für die Lehrer eine wichtige Hilfe, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen.

Deutlich wurde im Vergleich zwischen Regelschule und Gymnasium, dass die Regelschullehrer größere Probleme hatten, ihr neues Selbstverständnis zu finden. Neben den veränderten fachlichen Anforderungen mussten sie sich auch weit stärker bei der methodischen Gestaltung des Unterrichtes umstellen. Erfolgreich waren im Übrigen vor allem Schulen, die nicht versuchten, die Regelschule als „POS ohne Leistungsspitze“ weiterzuführen, sondern sich bewusst auf die „besonders anspruchsvollen Schüler“ der Hauptschule – wie es eine Befragte in einem Interview ausdrückte – einstellten.

Drittens – und dies ist besonders bemerkenswert – zeigten die Lehrer an Regelschulen und Gymnasien in ihren pädagogischen Einstellungen überwiegend eine enge Verbindung von hoher Leistungsorientierung und Förderungszen-  
trierung. Die Einstellungen von Regelschul- und Gymnasiallehrern wichen nur dann stark voneinander ab, wenn nicht nach ihren pädagogischen Orientierungen, sondern nach Problembereichen des Unterrichtsalltags gefragt wurde. Für die Regelschullehrer waren die Lernbereit-

schaft der Schüler und die geringe Unterstützung der schulischen Bemühungen durch die Eltern ein besonderes Problem. Die Gymnasiallehrer waren eher unzufrieden mit ihren begrenzten Möglichkeiten, auf die Bedürfnisse und Anliegen der Schüler einzugehen.

## Förderung und Leistung

Die enge Verbindung von hohem Leistungsanspruch und einer zugleich stark förderorientierten Einstellung der Lehrer gegenüber ihren Schülern konnte bei den untersuchten Lehrern in Bayern kaum festgestellt werden. Dort tendierten die Lehrer mehrheitlich dazu, zugunsten eines schülerorientierten Unterrichtes den Leistungsanspruch zurückzunehmen. Damit bestätigte sich die Vermutung, dass hohe Leistungsforderungen und persönliche Förderung und Unterstützung der Schüler nach dem verbreiteten Verständnis westdeutscher Lehrer keine zwei Seiten einer Medaille sind. In den Untersuchungen war dies der zentrale Unterschied im pädagogischen Selbstverständnis der Lehrer im Ost-West-Vergleich. In allen anderen untersuchten Dimensionen gab es keine oder nicht so auffällige Differenzen. Eine Untersuchung bei West- und Ostberliner Lehrern hat diesen Befund bestätigt. Er liefert auch eine mögliche Erklärung dafür, dass an westdeutschen Gymnasien die Sitzenbleiberquote bei jährlich etwa vier Prozent liegt, während sie in den neuen Ländern nicht einmal ein Prozent erreicht.

Das Interessante an der Schulentwicklung in den neuen Ländern ist die relative Kontinuität bei allen Veränderungen. Sowohl die Art des Veränderungsprozesses als auch die von den Kollegien gefundenen Lösungen sind stark von beruflichen Sozialisationsprozessen und Erfahrungen der Lehrer aus der Vor-Wende-Zeit bestimmt. Alles in allem ist die Professionalität beachtlich, mit der die Lehrer diese

weit reichenden Veränderungen bewältigt haben.

## Unterrichtsgestaltung

Nicht erfasst wurde in den Untersuchungen der Unterricht der Lehrer in den neuen Ländern. Die Unterrichtsgestaltung war in der Vergangenheit aber häufig Gegenstand der Kritik. Bemängelt wurde zum Beispiel, dass über der fachlichen Nachqualifizierung der Lehrer in den neuen Ländern deren methodisch-didaktische Weiterbildung vernachlässigt wurde. Über allen kritischen Berichten zum Unterricht in den Schulen der neuen Länder darf nicht vergessen werden, dass es bis heute nur wenige wissenschaftliche Studien gibt, die Bedingungen des Unterrichtes im Ost-West-Vergleich erfassen. Wenig Beachtung fand in diesem Zusammenhang ein Ergebnis des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, das zum Beginn des Schuljahres 1991/92 die Effekte des DDR-Schulsystems erfasste. Der bemerkenswerte Befund war, dass bei einem insgesamt höheren Leistungsniveau der Schüler die Leistungsunterschiede zwischen guten und schlechten Schülern in den neuen Bundesländern wesentlich niedriger waren als in Westdeutschland. Bei einer erneuten Befragung zwei Jahre später waren diese Vorteile nicht mehr feststellbar. Vermutlich ist das Ergebnis der Wiederholungsbefragung weniger den schulorganisatorischen Veränderungen zuzuschreiben als dem Wegfall der unterstützergänzenden Unterstützungsmaßnahmen an den Schulen, um Leistungsversagen zu verhindern.

Stark kritisiert wurde zunächst auch das Festhalten der neuen Länder an der zwölfjährigen Schulzeit bis zum Abitur. Es wurden Leistungsdefizite und fehlende Studierfähigkeit unterstellt. Beide Argumente wurden durch Studierendenbefragungen und Ergebnisse der THIMS-Studie entkräftet. Im letzten Jahr wurden

die Ergebnisse einer umfangreichen Erhebung zur Belastung und Beanspruchung von Schülern und Lehrern am Gymnasium in Bayern, Brandenburg und Thüringen vorgelegt. Durch die Auswahl der Länder konnten Effekte der Schulzeitdauer erfasst und dabei Ost-West-Unterschiede kontrolliert werden. Das zentrale Ergebnis der Untersuchung ist, dass durch die kürzere Schulzeitdauer in Thüringen weder Lehrer noch Schüler in besonderer Weise belastet sind. Im Ländervergleich zeigen sich einige Unterschiede, die darauf schließen lassen, dass Gymnasiasten in Thüringen die Schule etwas ernster nehmen als Gymnasiasten in Bayern und Brandenburg.

Inzwischen führen die demografischen Verwerfungen in den ostdeutschen Ländern aber bereits wieder zu neuen Veränderungsnotwendigkeiten. Die Schulen hatten folglich keine längere Phase der Konsolidierung, sondern müssen sich gegenwärtig bereits der rückläufigen Schülerzahlenentwicklung anpassen.

## Schlussfolgerung

Die Untersuchungen zur Anpassung des Schulbestandes an die rückläufigen Schülerzahlen kommen einheitlich zu dem Ergebnis, dass es notwendig ist, die Planungsüberlegungen nicht an der Talsohle der Schülerzahlenentwicklung auszurichten. Für einige Jahre während des „Schüler-Tiefs“ ist es erforderlich, die gegenwärtig noch geforderte Mindest-Klassenfrequenz an gefährdeten Schulstandorten zu unterschreiten, sofern diese anschließend wieder eine ausreichende Schülerzahl erreichen. Die gängige Praxis einer nur auf fünf Jahre ausgerichteten Schulentwicklungsplanung in den neuen Ländern ist nicht geeignet, zu erkennen, welche Standorte langfristig noch bestandsfähig sind. Dadurch besteht gegenwärtig die Tendenz, das Schulnetz zu weit reichend zu beschneiden.

Im Grundschulbereich lässt sich die Schließung einer großen Zahl von Grundschulen nur vermeiden, wenn Schulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen schulrechtlich ermöglicht werden. Wichtig für die pädagogische Weiterentwicklung der Grundschule war deshalb, dass eine größere Zahl von Versuchen mit jahrgangsübergreifenden Klassen in der Grundschule begonnen wurde. In einer Expertise, in der die internationalen Erfahrungen in Europa mit jahrgangsübergreifendem Unterricht in der Grundschule ausgewertet wurden, zeigten sich sowohl in den Lernleistungen als auch im Sozialverhalten der Schüler jahrgangsübergreifender Klassen Vorteile gegenüber den Schülern in jahrgangsgegliederten Klassen. „Kleine Grundschulen“ sind kein „Defizitmodell“. Sie sind vielmehr ein Anlass, grundsätzlich über die Funktion und die Aufgabe der Grundschule nachzudenken.

Die Konsequenzen des Geburtenrückganges für die Schularten in der Sekundarstufe I sind weniger eindeutig absehbar, weil in dieser Schulstufe zu der demografischen Entwicklung noch Veränderungen in der Bildungsbeteiligung hinzukommen können. Der Bestand eines flächendeckenden, wohnortnahen Angebotes von Regelschulen in ländlichen Regionen ist nur zu sichern, wenn von den wenigen Schülern nicht ein höherer Anteil zum Gymnasium wechselt. Diese Tendenz der Schulpolitik ist im Blick auf die Gleichheit der Bildungschancen aller Schüler aber nur zu vertreten, wenn alle Bildungswege nach dem Realschulabschluss geöffnet sind. Deshalb ist es wichtig, die Möglichkeiten des Überganges in die gymnasiale Oberstufe nach dem Realschulabschluss zu verbessern beziehungsweise das Angebot beruflicher Vollzeitschulen, also von Berufsfachschulen und Fachoberschulen, weiter verstärkt auszubauen. Dies ist vor allem auch deshalb notwendig, weil nur dann verhindert

werden kann, dass sich die Zahl der Schulabsolventen mit Fachhoch- und Hochschulreife Ende dieses Jahrzehnts in den neuen Ländern halbiert, wie dies eine entsprechende Prognose der Kultusministerkonferenz vom letzten Jahr annimmt. Wenn dies eintreten würde, könnte der Ersatzbedarf hoch qualifizierter Arbeitskräfte in den neuen Ländern aller Voraussicht nach nicht mehr über die nachwachsende Generation gesichert werden.

## Lehrerbedarf

Die durch den dramatischen Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern erzwungene erneute Reorganisation des Schulsystems in den kommenden Jahren hat auch weit reichende Konsequenzen für den Lehrerbedarf. Bis etwa 2005 verringert sich der Bestand an Lehrern durch altersbedingtes Ausscheiden aus dem Schuldienst weit langsamer als die Schülerzahlen. Die Kultusministerien der neuen Länder haben vertragliche Vereinbarungen mit den Lehrerverbänden geschlossen, die zeitweise Senkungen der Stundendeputate für einzelne Lehrämter bis auf fünfzig Prozent erlauben, um die Entlassung von Lehrern zu vermeiden. Die Konsequenzen dieser Personalpolitik für die Schulen der neuen Länder sind noch nicht abzusehen. Mit der Reorganisation und Verkleinerung der Schulen sind im Übrigen weit reichende Veränderungen der Arbeitssituation der Lehrkräfte verbunden, über deren Auswirkungen bisher keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. Es ist zu befürchten, dass die Lehrer, die den Schulstrukturwandel Anfang der neunziger Jahre in bemerkenswerter Weise bewältigten, nun nicht nochmals die Motivation entwickeln, die notwendig ist, um die neuen Strukturveränderungen unter verschlechterten Arbeitsbedingungen zu meistern.

Die öffentlich geäußerten und in Vorausschätzungen unterstellten Erwartun-

gen in die weitere Bevölkerungsentwicklung der neuen Länder gehen vermutlich von unrealistischen Annahmen über die Geburtenentwicklung aus. Dazu tragen entscheidend die Wanderungsannahmen bei. Die Hoffnung, dass die Abwanderung aus den neuen Ländern in den neunziger Jahren zurückgeht, hat sich zwar erfüllt, dabei wurde aber übersehen, dass der relativ niedrige negative Wanderungssaldo nur dadurch zu Stande kommt, dass die Abwanderung junger Erwachsener teilweise durch die Zuwanderung Älterer kompensiert wird. Die Differenzierung nach Geschlecht zeigt darüber hinaus, dass vor allem junge Frauen zwischen achtzehn und fünfundzwanzig Jahren die neuen Länder verlassen. Beispielsweise verließen von dem Geburtsjahrgang 1975 zwischen 1991 und 1999 siebzehn Prozent der jungen Frauen, aber nur vier Prozent der jungen Männer Thüringen, in Mecklenburg-Vorpommern waren es sogar 27 Prozent der jungen Frauen und vierzehn Prozent der Männer. Die Abwanderung hat sich in den letzten Jahren eher verstärkt. Die Folge der Abwanderung junger Frauen sind niedrigere Geburtenzahlen als gegenwärtig angenommen; die Bevölkerungsprognosen müssen weiter nach unten korrigiert werden. Daraus resultierend werden die Probleme des Erhaltes der Schulstandorte und der Lehrerbeschäftigung noch gravierender sein, als dies bereits jetzt absehbar ist und bisher beschrieben wurde.

### Ursachen der Abwanderung

Als Ursachen der Abwanderung sind vor allem unzureichende Berufschancen anzunehmen. Das Schul- und Hochschulsystem ist folglich unmittelbar in diese Prozesse einbezogen. In den letzten Jahren stehen in den neuen Ländern nur etwa für die Hälfte der Ausbildungsplatzbewerber betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Zusammen mit den unterschiedlichen überbetrieblichen

Maßnahmen können etwa zwei Drittel der Bewerber eine Berufsausbildung beginnen, wenn die Statistik der Berufsberatung herangezogen wird. Die offiziell veröffentlichte Ausbildungsplatzbilanz, nach der im Jahr 2000, ähnlich wie in den Vorjahren, für 94,3 Prozent der Ausbildungsstellennachfrage in den neuen Ländern ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stand, beschönigt erheblich die Ausbildungssituation, denn sie erfasst nicht die Ausbildungsstellenbewerber, die in berufliche Schulen, Praktika und Arbeitsstellen ausgewichen sind oder sich beim Arbeitsamt einfach nicht mehr gemeldet haben. Zu berücksichtigen ist noch, dass sich die in den neuen Ländern verfügbaren Ausbildungsberufe schwerpunktmäßig nicht in expandierenden Branchen des Dienstleistungssektors oder im Bereich informationstechnischer Berufe, sondern überwiegend in traditionellen gewerblichen Berufssegmenten befinden, in denen Frauen nur geringe Ausbildungschancen haben. Zu der problematischen Ausbildungsbilanz trägt auch bei, dass das Angebot an Berufsfachschulen in den neuen Ländern nicht ausreicht, um insbesondere Frauen eine qualifizierte Ausbildung neben dem dualen System in beruflichen Vollzeitschulen im erforderlichen Umfang zu ermöglichen.

Während Abiturientinnen in den neuen Ländern besonders häufig eine duale Ausbildung anstreben, stehen für sie kaum interessante Ausbildungsberufe zur Verfügung. Ihre Bereitschaft, in einem anderen Bundesland eine Ausbildung zu beginnen, beträgt nach jährlichen Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung mehr als siebzig Prozent. Sie dürften einen bedeutenden Anteil unter der Gruppe der mindestens zehn bis fünfzehn Prozent der Auszubildenden aus den neuen Ländern stellen, die in alten Ländern ihre Ausbildung absolvieren. Es sind also vermutlich vor al-

lem hoch qualifizierte junge Frauen, die Ausbildungsplätze im Dienstleistungsbereich suchen und deshalb abwandern.

Die Misere setzt sich am Ende der Berufsausbildung und beim Übergang in den Beruf fort. Nur wenige Auszubildende werden von den Ausbildungsbetrieben nach der Ausbildung weiter beschäftigt. Vor allem Frauen bekommen keine Anstellung und werden dadurch arbeitslos.

Aber auch die Hochschulpolitik der neuen Länder trägt vermutlich zur Abwanderung junger Frauen bei. Das Angebot an Studienmöglichkeiten in den Sprach- und Kulturwissenschaften beziehungsweise den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – also den Studienfächern, die überwiegend Frauen wählen – ist in den neuen Ländern deutlich geringer als in den alten Ländern. Bei einem insgesamt niedrigeren Angebot an Studienplätzen wurden in den neuen Ländern – neben der Medizin – vor allem die Natur- und Ingenieurwissenschaften als „Männerfächer“ ausgebaut, obwohl fast sechzig Prozent der Schulabsolventen mit Hochschulreife in den neuen Ländern Frauen sind (gegenüber 52 Prozent in den alten Ländern). Dadurch könnte mit bedingt sein, dass die Studierquote von Frauen in den neuen Ländern besonders niedrig ist.

### Bildungspolitik in der Krise

Fasst man diese Tendenzen zusammen, dann entsteht der Eindruck, dass die gegenwärtige Bildungspolitik der neuen Länder nicht aktiv den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess positiv unterstützt, sondern eher noch problematische Entwicklungen verstärkt. Ohne ausreichend die regionalpolitischen Konsequenzen zu bedenken, wird das Standortnetz der Schulen reduziert und damit ein wichtiger regionaler Faktor für die Entwicklung von Regionen verändert. Die jüngste

Prognose der Kultusministerkonferenz, die eine Halbierung der Zahl der Schulabsolventen mit Hochschulreife bis 2010 zum Ergebnis hat, wird nicht zum Anlass genommen, darüber nachzudenken, wie der zukünftige Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften durch eine veränderte Schulpolitik sichergestellt werden kann, obwohl die Prognosen zum personellen Ersatzbedarf der Unternehmen in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts belegen, dass der Ersatzbedarf gegenläufig zur Zahl der Schulabsolventen zunimmt. Stattdessen wird eine an den entstandenen Schulstrukturen orientierte Weiterentwicklung angestrebt, die nur dann die gewünschten Effekte erzielen kann, wenn die allgemein bildenden und beruflichen schulischen Ausbildungsangebote in der Sekundarstufe II ausgebaut und der Übergang in diese Bildungswege begünstigt wird.

Angesichts der finanziellen Situation der Familien in den neuen Ländern wird es vermutlich ohne eine Verbesserung der Ausbildungsförderung von Studierenden auch nicht gelingen, die Neigung zur Aufnahme eines Studiums zu erhöhen. Die Renditeerwartungen in ein Studium sind zu unsicher, als dass nicht eine duale Ausbildung häufig vorgezogen würde. Doch fehlt es daneben an „frauenspezifischen“ Studiengängen im Hochschulbereich. Zu hoffen ist, dass der steigende Lehrerberuf in den nächsten Jahren den notwendigen Ausbau der sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer unterstützt und damit die Studienmöglichkeiten für Abiturientinnen verbessert.

Sicher kann die Bildungspolitik die Probleme des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels in den neuen Ländern nicht allein lösen. Sie sollte sich aber ihrer Rolle bewusster werden und nicht noch problematische Entwicklungen unterstützen oder hinnehmen.